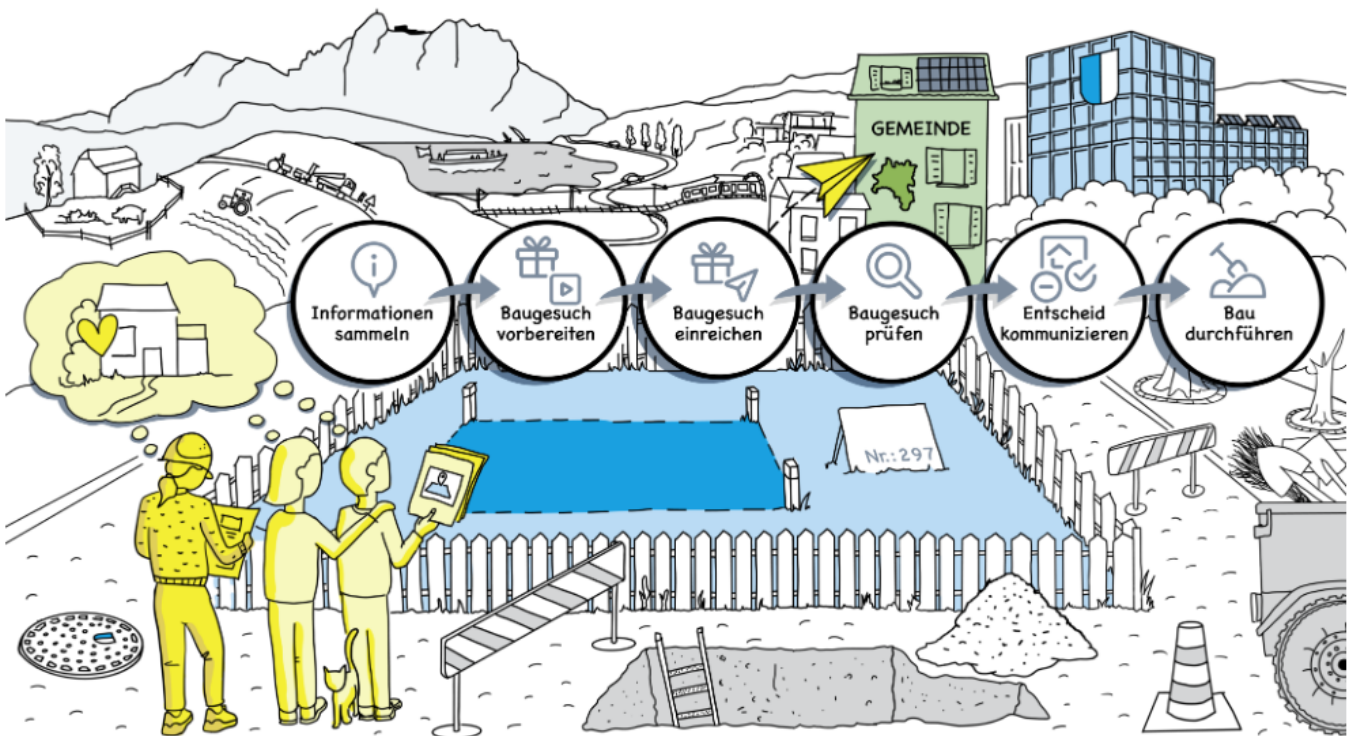


eUmfrage Baubewilligungsverfahren Kanton Luzern – Auswertung

Zusammenarbeit, Prozesse und Verbesserungspotenziale



Inhaltsverzeichnis

1 Management Summary / Kurzfassung	3
2 Ausgangslage und Vorgehen	4
3 Ergebnisse der Umfrage	5
3.1 Kantonale Fachstellen	5
3.2 Gemeinden	6
3.3 Gesuchstellende	6
3.4 Interessierte Stellen	7
4 Fazit und Handlungsfelder	9
4.1 Beurteilung des heutigen Vollzugs	9
4.2 Handlungsfelder	10

1 Management Summary / Kurzfassung

Ausgangslage und Vorgehen

Der Kanton Luzern entwickelt das Baubewilligungsverfahren weiter. Ziel ist es, den Prozess für Gesuchstellende, Gemeinden, Fachstellen und weitere Beteiligte einfacher, verständlicher und transparenter zu gestalten. Im Zentrum stehen eine bessere Zusammenarbeit, klarere Zuständigkeiten, weniger Medienbrüche sowie eine stärkere digitale Unterstützung.

Zur Erarbeitung des Zielbilds wurden im Mai und Juni 2025 im Rahmen einer Roadshow Gespräche mit rund 230 Personen geführt. Beteiligt waren Gemeinden, kantonale Fachstellen, Planende, Verbände und weitere interessierte Stellen. Auf dieser Grundlage wurde im Januar 2026 eine elektronische Umfrage durchgeführt, die sowohl quantitative Resultate als auch zahlreiche offene Kommentare lieferte.

Einschätzung des heutigen Vollzugs

Die Auswertung zeigt, dass der Vollzug fachlich und organisatorisch grundsätzlich funktioniert. Gleichzeitig bestehen Defizite bei der Zusammenarbeit zwischen Fachstellen, Gemeinden und weiteren Beteiligten. Rollen, Zuständigkeiten und Prozesse sind nicht immer ausreichend geklärt, der Austausch erfolgt teilweise unregelmässig und ist häufig personenabhängig. Gemeinden sind stark gefordert, während Gesuchstellende und weitere Beteiligte den Prozess oft als wenig planbar erleben.

Wichtigste Erkenntnisse

Über alle Zielgruppen hinweg zeigt sich, dass der grösste Handlungsbedarf weniger bei zusätzlichen Fachprüfungen liegt als bei klareren Regeln, einheitlichen Standards und einer besseren Koordination. Besonders wichtig sind klare Ansprechpartner, nachvollziehbare Zuständigkeiten, strukturierte Vorabklärungen, einheitliche Mindestanforderungen, regelmässige Austauschformate sowie eine verständliche Kommunikation.

Zentrale Handlungsfelder

Die zentralen Handlungsfelder liegen in den Bereichen Zusammenarbeit und Koordination, Rollen und Zuständigkeiten, Prozessstandards, Kommunikation, Wissen und Digitalisierung. Besonders wichtig sind klare Einbindungspunkte der Fachstellen, regelmässige Erfahrungsaustausch-Formate (ERFA-Formate), eine digitale Statussicht der Baubewilligung, strukturierte Vorabklärungen sowie eine zentrale Wissensplattform.

2 Ausgangslage und Vorgehen

Ausgangslage und Zielsetzung

Der Kanton Luzern entwickelt das Baubewilligungsverfahren weiter. Ziel ist es, den Prozess für Gesuchstellende, Gemeinden, Fachstellen und weitere Beteiligte einfacher, verständlicher und transparenter zu gestalten. Künftig soll das Verfahren digitaler, koordinierter und stärker auf die Bedürfnisse der Beteiligten ausgerichtet werden. Im Zentrum stehen dabei eine bessere Zusammenarbeit, klarere Zuständigkeiten, weniger Medienbrüche sowie eine frühzeitige und nachvollziehbare Abstimmung zwischen den beteiligten Stellen.

Bisherige Arbeiten und Austausch mit den Beteiligten

Zur Erarbeitung des Zielbilds wurde frühzeitig der Austausch mit den beteiligten Anspruchsgruppen gesucht. Im Rahmen einer Roadshow im Mai und Juni 2025 fand mit rund 230 Personen ein Dialog mit Gemeinden, kantonalen Fachstellen, Planenden, Verbänden und weiteren interessierten Stellen statt. Ziel war es, die heutigen Herausforderungen, Bedürfnisse und Erwartungen an ein künftiges digitales Baubewilligungsverfahren besser zu verstehen und mögliche Lösungsansätze zu skizzieren.

Vorgehen und Methodik

Basierend auf den Erkenntnissen aus der Roadshow wurden im Januar 2026 die zentralen Fragestellungen geschärft und eine elektronische Umfrage durchgeführt. Die Umfrage richtete sich an Teilnehmende der Roadshow sowie an weitere Personen mit Bezug zum Baubewilligungsprozess und erzielte eine hohe Rücklaufquote. Erhoben wurden insbesondere die Häufigkeit der Berührungspunkte mit dem Thema, die Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachstellen, die Einschätzung des heutigen Vollzugs sowie mögliche Verbesserungsansätze. Die Umfrage lieferte sowohl quantitative Resultate als auch zahlreiche offene Kommentare.

3 Ergebnisse der Umfrage

Dieses Kapitel fasst die zentralen Ergebnisse der elektronischen Umfrage zusammen. Im Fokus stehen die Einschätzungen der verschiedenen Anspruchsgruppen zum heutigen Vollzug des Baubewilligungsverfahrens sowie ihre Erwartungen an die zukünftige Ausgestaltung. Die Resultate werden entlang der vier Zielgruppen kantonale Fachstellen, Gemeinden, Gesuchstellende und interessierte Stellen dargestellt.

3.1 Kantonale Fachstellen

Einschätzung des heutigen Vollzugs

Die Auswertung zeigt, dass kantonale Mitarbeitende im Baubewilligungsprozess **häufig eingebunden** sind und teils täglich mit Baugesuchen zu tun haben. Gleichzeitig ist der Austausch zwischen den Dienststellen unterschiedlich ausgeprägt. Mit der Dienststelle Raum und Wirtschaft (rawi) besteht meist **häufiger Kontakt**, während der Austausch mit den Dienststellen Landwirtschaft und Wald (law), Umwelt und Energie (uwe), Verkehr und Infrastruktur (vif) und Denkmalpflege oft **seltener oder unregelmässig** erfolgt.

Dies deutet darauf hin, dass der **Vollzug** mit der Dienststelle rawi, Abteilung Baubewilligung, als kantonale Koordinationszentrale fachlich und organisatorisch funktioniert, die Zusammenarbeit der Fachstellen untereinander jedoch **unterschiedlich strukturiert** ist und **Rollen, Erwartungen sowie Prozesse** nicht immer gleich transparent sind. Der Fokus sollte deshalb weniger auf **zusätzlichen Fachprüfungen** liegen als auf **klarerer Strukturen und Abläufen**.

Fazit zum heutigen Vollzug

Der Vollzug der Koordination funktioniert fachlich und organisatorisch. Gleichzeitig bestehen eine geringe Systematik in der Zusammenarbeit der Fachstellen untereinander, eine hohe Personenabhängigkeit sowie eine unzureichende Transparenz bezüglich Rollen, Erwartungen und Prozessen.

Zielbild für den künftigen Vollzug

Im Zentrum der Verbesserungen stehen **Zusammenarbeit und Koordination der Fachstellen**. Es ist klar festzulegen, wann und wie Fachstellen im Prozess einzubeziehen sind. Zudem braucht es **definierte Ansprechpersonen inklusive Stellvertretung**. Der Austausch zwischen den Dienststellen soll **regelmässig und themenbezogen** erfolgen statt nur fallweise oder situativ.

Auch die Rollen im Prozess müssen **eindeutig geregelt** werden. Es braucht Klarheit darüber, welche Aufgaben bei der Dienststelle rawi liegen und welche bei den anderen Fachstellen. Für häufige Gesuchsarten sind **standardisierte Abläufe** erforderlich, damit frühzeitiger koordiniert und aufeinanderfolgende Prüfungen reduziert werden können.

Auch bei der Kommunikation besteht Verbesserungspotenzial. Rückmeldungen sollen **einheitlich, verständlich und transparent** sein. Gleichzeitig sind die Erwartungen an Gesuchstellende **klar zu formulieren**. Zusätzlich muss Wissen besser gesichert werden, da dieses heute teilweise **personenabhängig** ist. Dazu gehören eine **zentrale Wissensplattform**, eine nachvollziehbare Dokumentation von Entscheiden und Best Practices sowie **klare Übergabe- und Stellvertretungsregelungen**.

Insgesamt zeigt die Auswertung, dass bereits mit **einzelnen strukturellen Anpassungen** mehrere Herausforderungen gleichzeitig adressiert werden können.

3.2 Gemeinden

Einschätzung des heutigen Vollzugs

Die Auswertung zeigt, dass die Gemeinden im Baubewilligungsprozess **stark eingebunden** sind und insgesamt eine **hohe Belastung** besteht. In vielen Gemeinden bestehen täglich Berührungspunkte mit Baugesuchen, Projektänderungen, Vorabklärungen sowie Meldungen zu Solaranlagen oder dem Ersatz von Wärmeerzeugern.

Gleichzeitig ist der Prozess nicht überall gleich organisiert. Je nach Gemeinde unterscheiden sich **Grösse, Struktur und personelle Ausstattung**, was zu **unterschiedlichen Abläufen**, zusätzlichen Rückfragen und Verzögerungen führen kann.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Gemeinden sich selbst als **erfahren** einschätzen, zugleich jedoch eine hohe **Arbeitsbelastung** wahrnehmen. Prozesse sollten deshalb so gestaltet werden, dass sie **einfacher, klarer und möglichst einheitlich** sind.

Fazit zum heutigen Vollzug

Die Gemeinden sind stark involviert und im Vollzug gefordert. Gleichzeitig ist der Prozess nicht überall einheitlich abgestimmt, was zu zusätzlichem Aufwand, Rückfragen und Verzögerungen führen kann.

Zielbild für den künftigen Vollzug

Im Zentrum der Verbesserungen stehen vor allem Zusammenarbeit und Koordination. Es ist klar festzulegen, wann Gemeinden welche Fachstelle einbeziehen müssen und wie der Austausch strukturiert ablaufen soll. Eine bessere Abstimmung zwischen der Dienststelle rawi, den kantonalen Fachstellen und Gemeinden könnte **Doppelspurigkeiten verringern** und den Vollzug entlasten.

Ebenso wichtig sind **einheitliche Prozesse und Standards**. Für die häufigsten Gesuchsarten braucht es klare Mindestanforderungen, damit Vorabklärungen und Eingaben sauberer vorbereitet werden können und Sonderfälle seltener werden.

Auch die Kommunikation sollte transparenter und einheitlicher erfolgen, insbesondere bei Zuständigkeiten, Rückmeldungen, Fristen und Statusinformationen. Zusätzlich brauchen die Gemeinden **bessere Hilfsmittel** wie Checklisten, Beispiele und unterstützende Unterlagen, damit sie Aufgaben effizienter und sicherer bearbeiten können.

Langfristig sind zudem regionale Lösungen oder Kompetenzzentren zu prüfen, um Wissen zu bündeln und kleinere Gemeinden zu entlasten. Insgesamt zeigt die Auswertung, dass vor allem **Standards, frühzeitige Koordination und weniger Personenabhängigkeit** zentrale Hebel darstellen.

3.3 Gesuchstellende

Einschätzung des heutigen Vollzugs

Die Auswertung zeigt, dass Gesuchstellende im Baubewilligungsprozess **regelmässig oder häufig eingebunden** sind und viele, insbesondere Planende und Architektinnen und Architekten, **eine grosse Anzahl Baugesuche** einreichen. Bei den Fachstellen bestehen Unterschiede bei **Frequenz, Erreichbarkeit und Verständlichkeit**.

Daraus ergibt sich, dass der Prozess zwar als relevant wahrgenommen wird, die Zusammenarbeit jedoch als **nicht konsistent, wenig planbar und personenabhängig** erlebt wird. Der grösste Handlungsbedarf liegt deshalb weniger in zusätzlicher Technik als in **klaren Regeln und Strukturen**.

Fazit zum heutigen Vollzug

Der Prozess wird als relevant wahrgenommen, die Zusammenarbeit jedoch als wenig konsistent, schwer planbar und stark personenabhängig.

Zielbild für den künftigen Vollzug

Im Zentrum der Verbesserungen stehen **Zusammenarbeit und Austausch**. Es braucht fixe Austauschformate, beispielsweise in Form von thematischen ERFA-Gruppen. Zudem sind für jede Fachstelle **klare Ansprechpersonen** zu definieren, damit Kontakte planbarer und verlässlicher werden. Anstelle reaktiver Kommunikation braucht es **regelmässige Informationspunkte**.

Auch Prozesse und Abläufe sind zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Vor der Gesuchseinreichung braucht es **klare Vorgaben, Checklisten und Mindestanforderungen**, damit Baugesuche und Vorabklärungen besser vorbereitet werden können. Die Nutzung von Vorabklärungen ist mit **klaren Leitplanken** zu stärken und die Abläufe über die Gemeinden hinweg zu vereinheitlichen.

Auch bei der Kommunikation braucht es **einheitliche Standards** in Sprache, Struktur und Fristen. Ergänzend ist Wissen besser zu sichern, da dieses heute teilweise **personenabhängig** ist. Dafür braucht es eine **zentrale Wissensplattform**, ergänzt durch die Dokumentation von Best Practices sowie **klare Stellvertreterregelungen**.

Insgesamt zeigt die Auswertung, dass bereits mit **wenigen strukturellen Massnahmen** mehrere Herausforderungen gleichzeitig adressiert werden können.

3.4 Interessierte Stellen

Einschätzung des heutigen Vollzugs

Die Auswertung zeigt, dass die involvierten Personen und interessierten Stellen im Baubewilligungsthema (beispielsweise Organisationen und Firmen) **sehr häufig Berührungspunkte** haben und das Interesse am Thema **überdurchschnittlich hoch** ist. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Austausch mit der Dienststelle rawi zwar vergleichsweise etabliert ist, mit anderen kantonalen Dienst- und Fachstellen wie lawa, uwe, vif und Denkmalpflege jedoch oft **selten oder gar nicht** stattfindet. Auch der Austausch mit weiteren Expertinnen und Experten erfolgt häufig nur punktuell und ist **stark personen- oder projektabhängig**.

Daraus ergibt sich, dass grundsätzlich eine **hohe Bereitschaft zur Zusammenarbeit** vorhanden ist, das Potenzial jedoch durch **fehlende Struktur, Standards und Transparenz** nur teilweise ausgeschöpft wird. Der grösste Handlungsbedarf liegt deshalb bei **klaren Spielregeln der Zusammenarbeit**.

Fazit zum heutigen Vollzug

Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist hoch. Gleichzeitig wird das vorhandene Potenzial durch fehlende Strukturen, Standards und Transparenz nur teilweise ausgeschöpft.

Zielbild für den künftigen Vollzug

Im Zentrum der Verbesserungen stehen **Zusammenarbeit und Austausch**. Es braucht regelmässige, themenbezogene Austauschformate wie ERFA-Gruppen, damit die Mitwirkung planbarer und verbindlicher wird. Die Themen sind dabei stärker nach Inhalten und beteiligten Gruppen statt nach Einzelfällen zu organisieren.

Zudem sind für die Dienststelle rawi, andere Dienst-/Fachstellen und externe Expertinnen und Experten **klare Rollen und Zuständigkeiten** zu definieren, damit eindeutig ist, wann wer eingebunden wird. Auch Prozesse und die Qualität der Eingaben sind zu vereinheitlichen. Dafür braucht es ein **einheitliches Vorgehen und klare Leitplanken**, wie Voranfragen und Vorabklärungen gestellt und beantwortet werden.

Bei der Kommunikation braucht es **einheitliche Sprache**, klare Rückmeldungen und transparente Statusinformationen, damit die Erwartungen an Gesuchstellende und Planende verständlich sind. Zusätzlich ist Wissen systematisch zu nutzen und zu sichern, insbesondere über eine **zentrale Wissensplattform** und die Dokumentation von Best Practices. Insgesamt zeigt die Auswertung, dass bereits mit **wenigen strukturierenden Massnahmen** eine breite Wirkung über verschiedene Anspruchsgruppen hinweg erzielt werden kann.

4 Fazit und Handlungsfelder

4.1 Beurteilung des heutigen Vollzugs

Der Vollzug des Baubewilligungsverfahrens funktioniert aus fachlicher und organisatorischer Sicht grundsätzlich, weist jedoch in der praktischen Umsetzung erkennbare Schwächen bei Zusammenarbeit, Abstimmung und Transparenz auf. Rollen, Zuständigkeiten und Abläufe sind nicht überall eindeutig geregelt, was zu einer starken Personenabhängigkeit führt. Vollständige und korrekte Unterlagen sind Grundvoraussetzung, damit das Baubewilligungsverfahren für alle Beteiligten reibungslos durchgeführt werden kann. Aktuell besteht ein hohes Optimierungspotenzial bei der Befähigung der Beteiligten, sodass die Unterlagen formell und materiell den Anforderungen entsprechen.

Der Austausch zwischen den beteiligten Stellen erfolgt teilweise unregelmässig und ist häufig von einzelnen Ansprechpersonen oder konkreten Fällen abhängig. Für die Gemeinden bedeutet dies eine erhebliche Belastung, da sie regelmässig mit Baugesuchen befasst sind und mit unterschiedlichen Abläufen, Rückfragen und Erwartungen umgehen müssen. Für Gesuchstellende und weitere Beteiligte ist der Prozess dadurch nur eingeschränkt planbar und nicht durchgehend nachvollziehbar.

Insgesamt ist der Vollzug zwar funktionsfähig, in der praktischen Zusammenarbeit jedoch nicht überall gleich klar, einheitlich und verlässlich ausgestaltet.

4.2 Handlungsfelder

Aus der Umfrage lassen sich zentrale Verbesserungsvorschläge ableiten. Diese sind nach Themenbereichen gegliedert und haben je nach Anspruchsgruppe eine unterschiedliche Bedeutung. Die nachfolgende Übersicht enthält die wichtigsten Vorschläge in zusammengefasster und priorisierter Form.

Bereich	Zentrale Verbesserungsvorschläge
Zusammenarbeit	Klare Einbindungspunkte definieren; eine neue digitale Applikation für die Bearbeitung von Baugesuchen innerhalb der kantonalen Verwaltung konzipieren und umsetzen.
Austausch	Weiterbildungsangebote mit ERFA-Formaten etablieren und Gruppen zu bestimmten baurechtlichen Themen bilden.
Rollen & Zuständigkeiten	Ansprechpersonen je Fachstelle inkl. Stellvertretung festlegen; klare Rollen definieren und Zuständigkeiten in der digitalen Applikation transparent aufführen.
Prozess	Einheitliche Mindestanforderungen für Gesuche; eFormular mit Hinweisen zu relevanten Themen bereitstellen. Ausfüllen des Baugesuchs mit KI-Unterstützung.
Wissen	Zentrale Wissensplattform aufbauen.
Kommunikation	Einheitliche Kommunikationsstandards definieren und stufengerechte Information festlegen.
Digitalisierung	Digitale Statussicht der Baubewilligung für alle Beteiligten in der Baugesuchsapplikation abbilden.
Vorabklärungen	Einführung strukturierter Vorabklärungen. Diese in der Baugesuchsapplikation abbilden.
Organisation	Bestehende Austauschgefässe verstärkt nutzen.
Recht	Bestehende und neue Gesetze mit Auswirkung auf das Baubewilligungsverfahren überprüfen.